



Berlin, 31. März 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Annegret Kramp-Karrenbauer bleibt Ministerpräsidentin des Saarlandes. Ihr unaufgegrerter und sachorientierter Politikstil hat die Menschen überzeugt. Viele ehemalige Nichtwähler haben ihr Kreuz bei der CDU gemacht. Das ist das Ergebnis eines engagierten Wahlkampfes und vieler direkter Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. In wenigen Wochen folgen die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Und schließlich die Bundestagswahl am 24. September. Wir kämpfen weiter motiviert für unsere Themen.

Die Wahl im Saarland hat gezeigt: Die Wählerinnen und Wähler wollen keine rot-roten Experimente! Dies hat Signalwirkung auch für den Bund. Die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der Linken werden der Verantwortung Deutschlands nicht gerecht. Sie fordern den Austritt aus der NATO und verlieren kein Wort über die eklatanten Völkerrechtsbrüche Russlands. Wir als Union haben eine klare Position: Wir koalieren weder mit den Populisten von links noch von rechts. Von dieser Klarheit ist die SPD weit entfernt.

In der zurückliegenden Sitzungswoche stand die Verlängerung der Operation Atalanta vor der Küste Somalias auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Die Zahl der Übergriffe von Piraten ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Die Gefahr ist aber nicht gebannt. Im Jahr 2016 wurden 191 Vorfälle gemeldet. Die Piraten schrecken vor extremer Gewaltanwendung nicht zurück und begehen Geiselnahmen, um sich und andere illegale Gruppierungen zu finanzieren. Erst kürzlich wurde der Öltanker Aris 13 entführt und die Besatzungsmitglieder mehrere Tage festgehalten.

Bis 2014 haben 166 Länder das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen ratifiziert, um die gemeinsame Nutzung der Weltmeere zu regulieren. Durch die beständige Präsenz militärischer Schiffe der EU und diverser Staaten, dem Einsatz privater Sicherheitsunternehmen sowie dem Bemühen der internationalen Gemeinschaft zur Stabilisierung Somalias, befinden wir uns bei der Bekämpfung der Piraterie auf einem guten Weg. Deswegen werden wir die Beteiligung deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation Atalanta vor der Küste Somalias fortsetzen. Ebenfalls haben wir die Mission EUTM Somalia zur Stabilisierung des Landes bis zum 31. März 2018 verlängert.

Mit den besten Grüßen aus Berlin



Sitzungswoche des Bundestages vom 28. bis 31. März 2017

Austritt Großbritanniens aus der EU

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union stellt einen einzigartigen Vorgang in der Geschichte Europas dar, der uns vor unbekannte Herausforderungen stellt. Im Vorfeld des Sondertreffens der Staats- und Regierungschefs anlässlich des Austrittsantrags des Vereinigten Königreiches haben wir Leitlinien und Modalitäten der bevorstehenden Verhandlungen diskutiert. Zum einen müssen wir die Grundlagen für eine geordnete Entflechtung der umfangreichen Beziehungen zwischen den 27 EU-Mitgliedern und Großbritannien und damit die Voraussetzungen für eine konstruktive Neuausrichtung der künftigen Beziehungen schaffen. Zum anderen wollen wir die Einigkeit der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten stärken und den Mehrwert der EU-Mitgliedschaft deutlich machen.

Fortsetzung der Mission EUTM Mali

Auf Antrag der Bundesregierung haben wir die Verlängerung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali bis zum 31. Mai 2018 beraten. Die Obergrenze soll weiterhin bei 300 Soldaten liegen und das Einsatzgebiet das Staatsgebiet Malis bis zum Nigerbogen umfassen. Die Aufgaben der deutschen Streitkräfte liegen dabei unverändert in der Ausbildung und Beratung der malischen Kräfte, der Beratung des malischen Verteidigungsministeriums sowie in der Unterstützung der grenzübergreifenden Kooperation von Streitkräften der G5-Sahel, einer Regionalorganisation der Sahelstaaten Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad. Mit unserem fortwährenden Engagement unterstützen wir weiterhin die Herstellung von Staatlichkeit im Land.

Fortsetzung der Mission EUTM Somalia

Wir haben die Verlängerung des Mandats der EUTM Somalia bis zum 31. März 2018 mit der unveränderten personellen Obergrenze von

20 deutschen Soldaten in namentlicher Abstimmung beschlossen. Um das somalische Militär zu befähigen, eigenständig für die Sicherheit im Land zu sorgen, sollen künftig anstelle von Führungskräften und Spezialisten Gefechtsseinheiten ausgebildet werden. Zudem weiten wir die Beratung von Generalstab und somalischem Verteidigungsministerium aus. Die Mission ist somit wichtiger Bestandteil zur weiteren Stabilisierung der fragilen Staatlichkeit in Somalia.

Neuregelung des Mutterschutzrechts

In zweiter und dritter Lesung haben wir Neuregelungen im Mutterschutzrecht auf den Weg gebracht, die sich an neuesten gesundheitswissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Dazu zählen unter anderem die Verlängerung der Schutzfrist nach der Entbindung für Kinder mit Behinderung, Änderungen beim Verbot der Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit und die Einrichtung eines Ausschusses speziell für Mutterschutzfragen. Dabei steht für uns ein verantwortungsvolles Abwägen zwischen dem Gesundheitsschutz für eine stillende oder schwangere Frau und ihr (ungeborenes) Kind und deren selbstbestimmter Entscheidung über ihre Erwerbstätigkeit beziehungsweise Ausbildung im Vordergrund. Wir haben durchgesetzt, dass das Gesetz erst zum 1. Januar 2018 in Kraft tritt, damit sich Behörden und Unternehmen auf die neuen Regelungen einstellen können.

Programm ERASMUS+ weiterentwickeln

Nichts stärkt die europäische Identität mehr als Begegnung und gelebtes Miteinander über Ländergrenzen hinweg. Mit einem Budget in Höhe von insgesamt rund 14,8 Milliarden Euro sollen durch das transeuropäische Bildungsprogramm ERASMUS+ bis 2020 mehr als vier Millionen Menschen, darunter Schüler, Studenten, Auszubildende, Lehrkräfte und junge Freiwillige, von interkulturellem Austausch profitieren. Vor dem Hintergrund der anstehenden Zwischenevaluierung des laufenden Programms und der Überlegungen für die inhaltliche Ausgestaltung der nächsten Pro-

grammgeneration haben wir die Bundesregierung aufgefordert, sich in den Verhandlungen auf europäischer Ebene unter anderem für eine ausgewogene Förderung der verschiedenen Bildungsbereiche, eine stärkere Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Bildungssektoren und eine Verkürzung von Verwaltungsprozessen einzusetzen.

Daten und Fakten

Reallöhne in Deutschland steigen stark an

Wie das endgültige Ergebnis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes belegt, ist der Reallohnindex im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen. Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können. Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftigte mit 2,2 Prozent verzeichnen. Den größten Branchenzuwachs von 3,5 Prozent nominalem Lohnanstieg wies das Gastgewerbe als Branche mit den geringsten Bruttoverdiensten aus.

Geraldine Müller absolviert Praktikum

Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Was bedeutet diese bekannte Redensart für angehende Lehrer? Sie mahnt an, den Schülerinnen und Schülern eine Ausbildung zu gewährleisten, die sie zum lebenslangen Lernen animiert. Um diesem Credo gerecht zu werden bewarb ich mich über mein Lehramtsstudium hinaus um ein Praktikum bei Frau Bundesministerin Dr. von der Leyen. Und es hat sich gelohnt: Sowohl Bürotätigkeiten wie Recherchearbeiten und das Verfassen

von Briefen als auch praktische Erfahrungen im Fraktionssaal und im Verteidigungsministerium lieferten mir authentische Eindrücke in den Alltag unserer Ministerin. Man kann die Atmosphäre im Bundestag nicht aus Büchern ablesen und daher bedanke ich mich bei Frau Dr. von der Leyen und ihren Mitarbeitern, dass sie mir diese Chance ermöglicht haben.



Mit Geraldine Müller im Reichstagsgebäude

Juniorwahl 2017

Die Juniorwahl ist ein bundesweites Schulprojekt zur Bundestagswahl. Seit dem Jahr 1999 haben sich bereits über 1,8 Millionen Jugendliche daran beteiligt und viel über unsere parlamentarische Demokratie erfahren. Neben einem Informationspaket ist auch der Gang zur Wahlurne Teil des Programms. Die Bundestagswahl wird so im Kleinen simuliert. Weitere Informationen, auch zu den Teilnahmemöglichkeiten von Schulen, finden Sie unter www.juniorwahl.de.

Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.ursula-von-der-leyen.de

Bildrechtenachweis:

L. Chaperon; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt; vdL/DF